

# Aalener Jahrbuch 1988

Herausgegeben vom Geschichts-  
und Altertumsverein Aalen e.V.

Bearbeitet von Karlheinz Bauer

Konrad Theiss Verlag  
Stuttgart und Aalen

# Das Ende des Ersten Weltkrieges und der Umsturz von 1918 in Aalen

*Hans-Karl Biedert*

## *Kurzer Überblick über die Ereignisse auf Reichs- und Landesebene*

Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges am 2. August 1914 war in Württemberg wie in den anderen Ländern des Deutschen Reiches große Begeisterung zu spüren. Man sprach von einem militärischen Spaziergang nach Paris. Daß aus diesem Spaziergang nichts wurde, ahnte damals noch niemand. Immerhin standen bis 1918 von den 2,5 Millionen Einwohnern des Königreichs etwa 520 000 Mann an den Fronten unter Waffen. Unser Land hatte verhältnismäßig unter allen deutschen Truppenteilen die meisten Toten zu beklagen<sup>1</sup>.

In der Heimat herrschte zunächst innenpolitischer Friede, nachdem sogar die Sozialdemokratie für die Kriegskredite gestimmt hatte. Aber: Der Krieg dauerte immer länger, schwere Einbußen an Menschen und Material waren zu verzeichnen, und die gesamte Wirtschaft des Reiches mußte auf Kriegswirtschaft umgestellt werden. Durch die gegnerische Blockade wurde die Ernährung immer schwieriger, 1917 waren Not und Kriegsmüdigkeit auf ein nie vorher gekanntes Maß angewachsen.

Nach dem erzwungenen Rücktritt des Kanzlers Bethmann-Hollweg im Juli 1917 wurden die wichtigsten politischen Entscheidungen im Reich de facto nach dem Willen der Obersten Heeresleitung getroffen.

Im Januar 1918 kam es zu umfangreichen Hungerstreiks und zu ersten politischen Streiks im Reich. Tausende sprachen sich gegen die Fortführung des als sinnlos empfundenen Krieges aus, zumal die seit April 1917 auf der Feindseite in den Krieg eingetretenen USA immer mächtiger ihr Gewicht zugunsten der gegnerischen Allianz geltend machten.

Der Zusammenbruch des im Revolutionstaukel befindlichen Rußland und sein Waffenstillstand mit Deutschland und Österreich-Ungarn erlaubte es der deutschen Obersten Heeresleitung, dort kurzfristig Truppen abzuziehen und sie im März 1918 an die Westfront zu werfen, um doch noch einen Sieg gegen Frankreich und England zu erreichen. Diese Frühjahrsoffensive scheiterte vor allem an der amerikanischen Verstärkung und am Masseneinsatz der ersten Panzerwagen auf alliierter Seite. Am 14. August 1918 erklärte die Oberste Heeresleitung, die Fortsetzung des Krieges sei aussichtslos, da die Engländer und Franzosen eine Woche vorher mit 450 Panzerwagen bei Amiens ein tiefes Loch in die deutsche Westfront gerissen hatten.

Die Oberste Heeresleitung ergriff Panik; sie forderte am 29. September von der Reichsregierung, ein sofortiges Waffenstillstandsangebot an die gegnerische Allianz herauszugeben.

Am 3. Oktober bildete der neue Reichskanzler Prinz Max von Baden eine Regierung, an der auch die Mehrheitsparteien des Reichstages beteiligt waren. Am 28. Oktober wurde verfassungsrechtlich im Reich die Staatsform der parlamentarischen Monarchie verankert.

Die oberste Kommandogewalt des Kaisers über die Armee wurde abgeschafft, die Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers war nun von der Zustimmung der Reichstagsmehrheit abhängig. Diese Verfassungsänderung im Reich war allerdings nicht unbedingt einer besseren politischen Einsicht entsprungen. Sie war vor allem zurückzuführen auf den Druck des damaligen amerikanischen Präsidenten Wilson, der als Vorbedingung für die Annahme eines deutschen Waffenstillstandes eine Demokratisierung des Deutschen Reiches verlangt hatte.

Dieser Entwicklung im Reich mußten die Bundesstaaten Rechnung tragen<sup>2</sup>. Noch am 8. November wurde in Württemberg eine parlamentarische Regierung aus der Landtagsmehrheit gebildet, der frühere Ministerpräsident von Weizsäcker war zurückgetreten. Ehe die neue Regierung ihre Aufgabe übernehmen konnte, kam es in Stuttgart zu einer von radikalen Teilen der Arbeiterschaft getragenen Umwälzung, die vor allem durch die Ereignisse in München angestoßen wurde, wo am 7. November das Haus Wittelsbach abgesetzt worden war.

Während einer eindrucksvollen Massendemonstration am 9. November in Stuttgart, die auch von Teilen der dort stationierten Truppen unterstützt wurde, wurde die Republik ausgerufen. Der allseits beliebte württembergische König Wilhelm II. war gezwungen, der Regierung zu entsagen.

Am gleichen Tag brach auch in Berlin die Revolution aus. Bereits am 28. Oktober hatte die deutsche Hochseeflotte den Befehl zum Auslaufen gegen England verweigert, am 4. November war in Kiel ein Matrosenaufstand ausgebrochen, der nun am 9. November Berlin erreicht hatte. Überall im Reich bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, welche die bisherige Regierungsform durch auf dem Identitätsmodell beruhende Formen einer direkten Demokratie ablösen wollten.

Am 9. November teilte Reichskanzler Prinz Max von Baden unter dem Eindruck eines bevorstehenden Generalstreiks und genötigt durch Demonstrationen der Arbeiter (ohne Autorisierung durch den Kaiser) den Verzicht des Kaisers und des Kronprinzen auf die Krone mit und trat zurück.

Er beauftragte Friedrich Ebert (SPD) mit der Bildung einer Regierung und übertrug ihm die Reichskanzlerschaft. Um 14 Uhr des gleichen Tages rief Philipp Scheidemann (SPD) die „Deutsche Republik“ aus, und zwei Stunden später Karl Liebknecht (USPD) die „Freie sozialistische Republik“.

Spätestens seit diesem Zeitpunkt war es deutlich, daß bei dem nun beginnenden Rin-

gen um die neue Staatsform des Deutschen Reiches zwei unterschiedliche Demokratie Modelle zur Disposition standen. Nachdem das Kaisertum sang- und klanglos zusammengebrochen war, gab es nur noch eine einzige funktionsfähige organisierte politische Kraft im Reich, eben die Arbeiterbewegung, die allerdings zwei verschiedene Staatsformen erstrebte:

Die SPD favorisierte eine parlamentarische Demokratie im Sinne der Konkurrenztheorie, also ein Repräsentativsystem, gekennzeichnet durch Parlamentarismus, Gewaltenteilung, freies Mandat des Abgeordneten, legitimen Pluralismus und Konkurrenz gegensätzlicher Teilinteressen im Staat, die durch Parteien und andere Interessengruppen durchgesetzt werden können. Legitimationsbasis war die Volkssouveränität.

Die USPD (Unabhängige Sozialdemokratie) hingegen favorisierte die direkte Demokratie im Sinne der Identitätstheorie, wie sie von Rousseau formuliert wurde. Im Gegensatz zum Parlamentarismus ist hier die Identität von Regierenden und Regierten angenommen, Repräsentation ist ausgeschlossen. Von grundlegender Bedeutung ist das Plebiszit, durch das der einheitliche Volkswille festgestellt wird. Alle Organisationen entstehen und legitimieren sich von unten nach oben. Die Ratsmitglieder sind nur noch gebundene Delegierte, abhängig vom Willen ihrer Wählerbasis; sie haben ein imperatives Mandat, ihnen droht die Abberufung vom Amt, wenn sie sich diesem imperativen Mandat nicht beugen. Da in der Identitätstheorie eine homogene soziale Zusammensetzung des Staatsvolkes unterstellt wird, gibt es natürlich auch keine unterschiedlichen Teilinteressen, die durch konkurrierende Parteien und Interessenverbände vertreten werden müssen; Parteien sind mithin überflüssig. Ebenso gibt es nicht den Zwang zur Gewaltenteilung, um den Staat in seiner Macht zu beschneiden. Es gibt nur die direkte kommunale Volkskontrolle durch die Basisorganisationen, die mit Hilfe des imperativen Mandates nach oben durchgesetzt werden kann. Die Räte tagen in Permanenz und werden aufgrund totaler Öffentlichkeit ihrer Sitzungen durch die Basis dauernd kontrolliert, so daß im Idealfall kein Mitglied eines Rates gegen das Mandat seiner Basis verstoßen kann (aber er will ja ohnehin dasselbe wie seine Wählerbasis, so die Theorie).

Am 10. November entstand in Berlin der Rat der Volksbeauftragten, der paritätisch aus 3 SPD- und 3 USPD-Mitgliedern besetzt war. Die Oberste Heeresleitung unter General Groener stellte sich dem Rat der Volksbeauftragten zur Verfügung, der somit die Armee als Machtmittel einsetzen konnte, die seit dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November ins Reich zurückgeführt wurde.

Nach langwierigen Verhandlungen und aufgrund des geschickten Taktierens der SPD-Führung setzte sich dann bis Mitte Dezember bei der Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin das Prinzip der Volkssouveränität und die Herrschaftsform der parlamentarischen Demokratie durch.

Die Mehrheit der sozialistischen Arbeiterschaft anerkannte diese Prinzipien und

konnte sie auch gegen die Vorstellungen einer identitätstheoretischen Räteherrschaft durchsetzen.

Die USPD, die ihre Felle davonschwimmen sah, versuchte durch Wahlboykotte und Demonstrationen die Reichsversammlung unter Druck zu setzen. Ebert bat daraufhin die Reichswehr um Hilfe gegen die zum Teil gewaltsame Vorgehensweise der USPD und ihres noch radikaleren Flügels, des Spartakusbundes.

Am 29. Dezember traten aus Protest gegen die Zusammenarbeit Eberts und der Obersten Heeresleitung gegen die Demonstranten die USPD-Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten aus. Anfang Januar 1919 entstand auf der Reichskonferenz des Spartakusbundes die KPD. Damit war die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in einen (größeren) Teil, der die parlamentarische Demokratie befürwortete und einen (kleineren) Teil, der die sozialistische Räteherrschaft haben wollte, auch formell vollzogen.

Vom 5. bis 12. Januar 1919 tobte in Berlin der Spartakistenaufstand, dessen Anlaß der Protest gegen die Amtsenthebung des Berliner (USPD-)Polizeipräsidenten war. Die Zusammenarbeit zwischen SPD-Führung und Reichswehr funktionierte hier reibungslos: Ein Freikorps der Garde-Kavallerie-Schützen-Division schlug den Aufstand nieder. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, zwei Führungsfiguren der USPD, wurden unter dubiosen Umständen ermordet.

Damit hatte die gewaltsame Auseinandersetzung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung begonnen. Wenn in den nun folgenden unruhigen Monaten des Jahres 1919 geschossen wurde, so zielten nicht etwa Vertreter der alten, konservativen Gruppierungen oder gar Monarchisten auf revolutionäre Arbeiter, sondern es schoß die Reichswehr im Auftrag der Mehrheits-SPD auf die inzwischen militant gewordenen Linken der Arbeiterbewegung, die nun auch mit Waffengewalt ihre Ziele durchsetzen wollten.

Trotz dieser zahlreichen Aufstände: Die Weichen waren gestellt für eine parlamentarisch-demokratische Republik. Am 19. Januar fanden reichsweit die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung statt, die am 6. Februar wegen der Unruhen in Berlin im ruhigen Weimar zusammentrat. Vorläufiger Reichspräsident wurde Friedrich Ebert (SPD) und vorläufiger Ministerpräsident Philipp Scheidemann (SPD). Die vorläufige Regierung setzte sich aus einer Koalition von SPD, DDP und Zentrum zusammen. Am 11. August trat die neue Verfassung der Weimarer Republik, wie man die neue Staatsform gerne nach dem Ort der Verfassungsgebenden Nationalversammlung nannte, in Kraft.

In Württemberg verliefen die Dinge viel ruhiger. Am 10. November 1918 wurde eine provisorische Regierung unter der Leitung des sehr angesehenen SPD-Politikers Wilhelm Blos gebildet; ihr gehörten zwei Minister der SPD und zwei der USPD an, dazu drei Bürgerliche. Nach den Unruhen vom Januar 1919 schieden auch in Stuttgart die USPD-Minister aus der Regierung aus, die nun nur noch von Vertretern der Mehr-

# Spartakismus — Bolschewismus

## Kommunismus

So nennen sich die neuen „Heilslehren“, die gegenwärtig von gewissenlosen Agitatoren dem Volke angepriesen werden und durch die sie nur zu viele Unzufriedene auf ihre Seite bringen. Arbeiter, Angestellte, Soldaten! Kann Euch auf solche Weise geholfen werden?

### Die Wahrheit ist:

**Spartakismus, Kommunismus, Bolschewismus bringt Hunger und Elend, inneren Aufruhr und erneuten Krieg mit den Feinden.**

### Wollt Ihr das? — Nein, niemals!

Denn Ihr habt die alte Regierung gestürzt aus Haß gegen den Krieg, da Ihr Frieden und Brot wolltet!

Will der Spartakismus, der Kommunismus, der Bolschewismus Euch Brot und Frieden geben? Kann er das bringen? Bedenkt Euch!

Blickt auf den Aufruhr in Berlin, Oberschlesien, Rheinland und Westfalen. Was wird damit dem Volke und den Arbeitern genutzt? — Nichts! Und Vermehrung des Elends und der Not ist die Folge! Seht Euch die russischen Schreckensbilder an! Hat der Bolschewismus Rußland Gutes gebracht?

**Nein**

sondern nur Krieg an allen Grenzen, ständigen Bürgerkrieg im Innern, furchtbare Hungersnot aller Volkskreise, besonders der Arbeiter, wirtschaftlichen Ruin aller Volksangehörigen, vollkommene Geldentwertung, Raub, Plünderung, Morden, Gesetzeslosigkeit, Verelendung der Massen!

**Durch tägliche massenhafte Hinrichtungen wird die politische Macht weniger Verbrecher, die schlemmen und prassen, hochgehalten.**

Rußlands wirtschaftlicher Ruin und politischer Untergang ist besiegelt, das weiß der Bolschewismus; darum will er die nach seiner Ansicht wirtschaftlich noch reichen, aber politisch dummen Deutschen als Spartakisten zu Helfern, die Rußland aus dem Sumpf retten sollen. Deutsche seht Euch vor, Ihr werdet sonst mit in den Sumpf hineingerissen. Der Sieg der Spartakisten und Bolschewisten in Deutschland bedeutet für unsere Heimat daselbe wie für Rußland:

Dauerkrieg nach außen, — Dauerkrieg im Innern,  
Ein Flammenmeer vom Rhein bis zur Weichsel,  
Eine Wüste, schlimmer wie die Sommerwüste.

# Ist deshalb die Revolution gekommen?

Wir wollten doch Frieden! — Durch den Spartakismus bekommen wir ihn nie!

Nur Friede bringt uns Brot und mehr Arbeit,  
Krieg dagegen Tod und Verderben!

Darum laßt Euch nicht verführen von leeren Versprechungen und folgt den Mahnungen  
zur Ruhe, Ordnung und Arbeit.

## Belämpft die unsinnigen, verbrecherischen Streiks!

Wendet Euch, wenn Ihr Euch in den Arbeitsbedingungen benachteiligt glaubt, mit Euren Wünschen an die Gewerkschaften, Schlichtungsausschüsse, Angestelltenausschüsse, Einigungsämter, Gewerbegerichte, Fabrikinspektionen, Demobilisierungsausschüsse usw.

Die Regierung will das Los aller Volksgenossen verbessern, will den

## Aufbau des Wirtschaftslebens

will alle Staatsangehörigen glücklich und zufrieden machen.



Die Sozialisierung ist da und marschiert!

Das Arbeiterrecht kommt!

Die Autokratie der Arbeitgeber bricht!

Die Arbeiterräte garantieren das soziale Wohl der Arbeiterschaft!

Alles, was die Revolution an erreichbaren und durchführbaren wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften bringen kann, hat sie gebracht. Weshalb also die ständigen Streiks, die ständigen Aufrühre? Weshalb Kämpfe der Brüder untereinander?

Denket an die Zukunft Eurer Nachkommen und zerstört nicht das Haus, in dem Ihr wohnen wollt. Wenn aber das Euer ehrlicher Wille ist, wenn Ihr Euren hungernden Frauen und Kindern Brot, der Heimat den Frieden bringen wollt, dann

haltet Euch fern von den Kommunisten,  
den Spartakisten, den Bolschewisten!

Selbst Werte schaffen! — Haltet Ruhe!

Streikt nicht ohne Zustimmung Eurer Gewerkschaften und arbeitet. Nur in der Arbeit ist

## Euer Wohl,

das Wohl des ganzen Volkes begründet.

Daß die Regierung in dieser schweren Zeit dankt sie den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens fördern und vollenden kann!

heits-SPD, Demokraten und Zentrumsleuten gebildet wurde. Als im April in Bayern die Räterepublik ausgerufen wurde, kamen in Württemberg keine Putschversuche zu einem für die Linken befriedigenden Ergebnis. Württembergische Freiwillige wurden sogar nach Bayern geschickt, um dort bei der Niederringung der Räterepublik mitzuhelfen. Am 25. September wurde in Württemberg die neue parlamentarisch-demokratische Landesverfassung verkündet; der Landtag bestand nur noch aus einer Kammer, die Rechten waren mit ihrer Forderung nach Beibehaltung des Zweikammersystems gescheitert. Dem Arbeiter- und Soldatenrat, der zwar noch formal weiterbestand, wurden vom Landtag die entscheidenden Befugnisse entzogen<sup>3</sup>.

### *Die Ereignisse in Aalen bis Ende Oktober 1918*

Im Jahr 1918 macht sich die Verschärfung des Krieges auch in unserer Stadt immer mehr bemerkbar. Die Front verlangt laufend neue Soldaten, im Rahmen des Hindenburgprogramms werden die Frauen zum Arbeitseinsatz mobilisiert, mehrere Schulen in Aalen und Schwäbisch Gmünd werden zu Lazaretten.

Gesundheitsprobleme infolge mangelnder Ernährung tauchen auf, wie man den Akten der städtischen Krankenanstalten entnehmen kann. Vor allem die Influenza fordert 1918 ihren Tribut: Vom 1. April bis zum Jahresende liegen 37 Personen mit dieser gefährlichen Grippevariante im Krankenhaus. Auch zahlreiche Tuberkulosefälle sind verzeichnet, sicherlich begünstigt durch die sich stetig verschlechternde Ernährungslage.

Im Spätjahr und vor allem im Jahr 1919 steigen die Fälle von Ungezieferbefall sprunghaft an, die im Krankenhaus behandelt werden müssen; vermutlich sind die Parasiten durch die von der Front zurückkehrenden Soldaten eingeschleppt worden und vermehren sich nun prächtig.

Die Gemeinderatsprotokolle wimmeln geradezu von Anträgen auf Leseholzzettel wegen Brennstoffmangel; in den Wäldern lag damals kein einziges Stück Holz herum, alles wurde mitgenommen und im heimischen Ofen in Wärme umgesetzt. Kohlen waren knapp.

Metallmangel macht sich bemerkbar: Die Kupferblitzschutzanlagen der städtischen Gebäude und die Kupferhauben der Straßenlaternen werden entfernt, da man diesen wertvollen Rohstoff für Granathülsen und -führungsringe benötigt.

Seit Sommer herrscht Milchknappeit, da die städtischen Milchkühe weit weniger Milch liefern als üblich und somit die Versorgung für Lazarett, Krankenhaus, Kinderkrippe und Bürgerspital nicht mehr möglich ist. Die Stadt versucht daher, auf einige Bauern Druck auszuüben, um mehr Kühe zu halten, damit die Milchversorgung verbessert wird. Inwieweit diese Maßnahme Erfolg hat, geht nicht aus dem Gemeinderatsprotokoll hervor.



Die Schulküche der kurz vor dem Krieg erbauten Parkschule (heute Schubart-Gymnasium) soll während der Sommerferien geöffnet bleiben, um bedürftigen Kindern wenigstens die Möglichkeit zu einem Frühstück zu geben.

Die Lebensmittelknappheit verschlimmert sich immer mehr trotz Ablieferungspflicht für die Landwirtschaft. Manch eine Hausfrau ist zu umständlichen und langwierigen Hamsterfahrten in die Umgebung genötigt, um „schwarz“ noch einige Lebensmittel des täglichen Bedarfs heranzuschaffen, da die staatliche Verteilung mangels Masse absolut unzureichend ist.

Daher ist es nicht verwunderlich, daß Felddiebstähle gehäuft auftreten und schwer bestraft werden. So wird zum Beispiel eine städtische Ziege gestohlen und an Ort und Stelle vom Dieb geschlachtet. Das Gemeinderatsprotokoll vermerkt über diesen Vorfall mit Befriedigung, man habe gleich nach der Tat den Dieb „mit vollem Bauch“ verhaften können.

Die Kohleversorgung für das Kraftwerk in Ellwangen ist ganz schlecht, so daß es in Aalen immer wieder zu Stromausfall und dadurch zu Schäden in der Industrie kommt. Um dem abzuhelpen, überlegt sich der Gemeinderat, ob es nicht besser sei, ein eigenes Kraftwerk vor Ort zu bauen. Mitte Oktober kommt in der Kocher-Zeitung ein Aufruf an die Bevölkerung zum Gaseinsparen, da das Stadtgas infolge Kohlemangels zusehends knapper werde. Die Zahl der desertierenden Soldaten nimmt immer mehr zu; im Gegenzug wird die Musterung der neuen Jahrgänge weiter verschärft nach dem Motto: „Kann laufen und sehen – also tauglich!“

Um das Ausland über die prekäre Lage im kriegführenden Deutschland länger im Ungewissen zu halten, wird am 18. Oktober der Versand von Zeitungen und Zeitschriften mit Anzeigen (die Rückschlüsse auf die zusammenbrechende Kriegswirtschaft erlauben) verboten. Trotzdem wird die Bevölkerung weiter aufgefordert, Kriegsanleihen zu zeichnen. Laut Kocher-Zeitung breitet sich auch in Aalen unter der Bevölkerung eine wachsende Unsicherheit aus: Man weiß zwar, daß Waffenstillstandsverhandlungen im Gange sind, aber keiner kann voraussagen, wie sich die politische Lage im Lande weiterentwickelt, viele fürchten ein Zusammenbrechen der Stabilität von Recht und Ordnung.

Ende Oktober werden in Aalen Stromsperrzeiten angeordnet, wenige Tage später folgen Gassperren, und die ersten Anzeichen der Inflation machen sich bemerkbar. Die Arbeiterschaft erhält Teuerungszuschläge, generelle Gehaltserhöhungen werden jedoch abgelehnt. Daher treten die städtischen Holzarbeiter in Streik. Auch die Influenza greift um sich: Wegen Zunahme der Grippeerkrankungen des Zugbegleitpersonals muß im Umland der Güterzugverkehr eingestellt werden.

## *November 1918*

Anfang November werden für den Zeitungsleser die ersten schwerwiegenden politischen Veränderungen im Reich deutlich: Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen, Beschneidung der Machtbefugnisse des Kaisers und Regierungsumbildung in Stuttgart. Es geht also los.

Da sich der Waffenstillstand mit den Alliierten abzeichnet, muß an die Rückführung des Heeres gedacht werden. Es werden überall Arbeitsvermittlungsausschüsse gegründet und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt, um den zurückkehrenden Soldaten Arbeitsplätze garantieren zu können. In der Gemeinderatssitzung vom 7. November wird die Einführung von Notstandsarbeiten beschlossen, um ehemalige Soldaten zu beschäftigen, und die Gemeinderäte machen sich Gedanken, wie man die gegenwärtig noch herrschende Kriegswirtschaft allmählich auf Friedenswirtschaft umstellen könne.

Um bei den zu erwartenden Unruhen eine breitere Basis im Gemeinderat zu haben, will er vier weitere Mitglieder aufnehmen, dabei sollen zwei aus den Kreisen der Arbeitgeber und zwei aus der Gruppe der Arbeitnehmer ausgewählt werden. In diesen Tagen entstehen in mehreren Städten unseres Landes Arbeiter- und Soldatenräte, so in Stuttgart und in Gmünd. Der Gmünder Arbeiter- und Soldatenrat, der im dortigen Lokal „Bären“ tagt, sieht zunächst seine Hauptaufgabe darin, den heimkehrenden Soldaten Arbeit zu verschaffen. Immerhin kommen im November 1918 und in der Folgezeit aufgrund der anlaufenden Demobilisierung etwa 6000 Soldaten nach Gmünd, die versorgt und beschäftigt sein wollen. Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates in Gmünd sind zunächst Sozialdemokraten, später auch einige Unabhängige. Nach einer vorübergehenden Radikalisierungsphase Mitte bis Ende November, während der auch die rote Fahne auf den Kasernen gehißt wird, gewinnen im Dezember mit Rückkehr der Feldtruppen die gemäßigten Kräfte in Gmünd die Oberhand.

Am 11. November berichtet die Kocher-Zeitung über die Ausrufung der Republik in Württemberg, zusammen mit der Meldung von der Abdankung Kaiser Wilhelms II. Die wichtigsten in Stuttgart von den Revolutionären erhobenen Forderungen sind:

- Das Volk soll endlich politische Macht erhalten.
- Es soll eine Volksvertretung aus Mitgliedern der freien (SPD nahestehenden) Gewerkschaften, der SPD und USPD und aus einem Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates geben.
- Man will die Gewährleistung des Versammlungs- und Vereinsrechtes durchsetzen sowie soziale Reformen, die noch nicht näher bezeichnet werden.
- Ab sofort unterstehen die Soldaten dem Soldatenrat.

Wenn man genau hinsieht, sind diese Forderungen noch recht mild. Offenbar hat sich in Stuttgart der gemäßigte Flügel der Arbeiter- und Soldatenräte durchgesetzt, der der SPD nahesteht. Das sieht man vor allem an der zweiten Forderung, die eine Koppe-

lung von Parlamentarismus und Rätssystem vorsieht, wobei allem Anschein nach die Volksvertretung das Übergewicht haben soll und der Arbeiter- und Soldatenrat in der Volksvertretung nur mittelbar durch einen Ausschuß vertreten ist.

Kennzeichnend für die Lage und den geradezu rührenden Versuch auch der neuen Machthaber, Ruhe und Ordnung zu bewahren, sind zahlreiche Zeitungsaufrufe in diesen Tagen, die immer wieder darauf hinweisen, wie wichtig gerade jetzt die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sei. Die Kocher-Zeitung macht hier keine Ausnahme. In den Ausgaben vom 11. und 12. November werden von allen politischen Gruppierungen die Bürger aufgerufen, einen kühlen Kopf und Vernunft zu bewahren.

Noch ruhiger und geordneter als in Stuttgart verlaufen diese entscheidenden Tage in Aalen: Auf einer Versammlung des Metallarbeiterverbandes am 11. November weist der Redner nicht nur auf den Erfolg der Revolution in Stuttgart hin, sondern er fordert auch, daß in Zukunft jeder Arbeiter genauso wie jeder andere Bürger im Oberamt das Recht auf politische Mitwirkung haben müsse. Ein Zusammenschluß sei in der gegenwärtigen Lage unerlässlich. Das klingt nicht nach Klassenkampf im marxistischen Sinne! Hier wird nur die alte Forderung der Arbeiterbewegung seit Lassalle erhoben, daß der Arbeiter durch politische Gleichberechtigung als mündiger Bürger in den Staat eingebunden werden müsse.

Ein wenig beunruhigt werden die Aalener allerdings von einer Meldung, daß am 12. November eine Delegation des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates das Ellwanger Rathaus besetzt habe, allerdings nicht etwa, um dort eine Räterepublik auszurufen, sondern nur, um die Lebensmittelversorgung der Landeshauptstadt zu sichern. Viel unangenehmer ist die Mitteilung der Kocher-Zeitung vom gleichen Tag, daß aufgrund der unzureichenden Ernährungslage im kommenden Winter schwerste Not zu befürchten sei, vor allem wenn man die zurückkehrenden Truppen auch noch verpflegen müsse. Dem Zeitungsaufruf folgend, ziehen in den nächsten Tagen manche Mitbürger in die Wälder, um Bucheln und Eicheln zu sammeln. Als erste Auswirkung des Waffenstillstandes verlassen um diese Zeit die italienischen und französischen Kriegsgefangenen Aalen und vor allem Wasseraalfingen, wo sie zum Arbeitseinsatz in den Hüttenwerken und anderen Betrieben verpflichtet waren. Am 13. November bildet sich in Aalen ein Arbeiterbeirat, der aber nicht mit einem sozialistischen Arbeiterrat verwechselt werden darf. Er ist offenbar nur dazu gedacht, die Entscheidungsbasis für die bürgerlichen Gremien zu verbreitern, indem auch Vertreter der Arbeiterschaft zur Entscheidungsfindung mit herangezogen werden.

Erleichtert kann am 16. November der Wasseraalfinger Gemeinderat feststellen, daß sich die revolutionären Ereignisse ruhig und ohne wesentliche Blutopfer in der Region und im Lande vollzogen haben.

Drei Tage später berufen SPD und vereinigte Gewerkschaften eine große Versammlung in Aalen ein. Die SPD stellt sich rückhaltlos auf die Seite der württembergischen

provisorischen Regierung, gleichzeitig aber erklärt sich die Versammlung grundsätzlich für die sozialistische Wirtschaftsweise. Daß das nicht von heute auf morgen erreicht werden kann, ist den Rednern offenbar klar. Sie betonen, eine allfällige Umwandlung müsse durch Aufklärung und Erziehung der Völker zur sozialistischen Weltanschauung und durch internationale Verständigung erreicht werden, jedoch alles auf friedlichem Wege. Daher lehnt die Versammlung auch die Bildung einer „roten Garde“ ab, ebenso auch die Diktatur als Kampfmittel zur Durchsetzung des sozialistischen Volksstaates.

So gesehen ist das Verhalten dieser Aalener SPD- und Gewerkschaftsversammlung typisch für das Verhalten der Mehrheit der SPD in dieser Zeit. In der Theorie hält man zwar noch an den ideologischen Zielsetzungen von Marx und Engels fest, lehnt aber Gewalt auf dem Weg zu ihrer Durchsetzung ab, sondern ist im revisionistischen Sinne viel eher bereit, auf friedlichem Weg in einer fernen Zukunft einmal diese Endziele zu erreichen. Das heißt, auch die Aalener SPD neigt viel eher dem Pragmatismus und der Kooperation mit den anderen gesellschaftlichen Gruppen zu als dem gewaltsamen Umstürzen und Vernichten der Reste der alten Ordnung.

Die Weichen werden also auch in unserer Stadt auf weitgehende Kontinuität gestellt, selbst von seiten der größten Teile der Arbeiterschaft. In dieselbe Richtung weist auch ein Eintrag im Gemeinderatsprotokoll der Sitzung vom 21. November<sup>4</sup>: „Ein Erlaß des Ministeriums des Innern vom 12. Nov. ds. Js. über die Bildung einer neuen Regierung wird dem Gemeinderat bekanntgegeben. Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß dies die erste Kundgebung der neuen Regierung nach der Revolution sei. Da auch der Gemeinderat eine Körperschaft unter dem Ministerium des Innern darstelle, habe er den Erlaß bekanntgegeben. Der Gemeinderat erblicke, nachdem die alten Gesetze alle in Kraft geblieben seien, es als seine Aufgabe, weiterhin die Arbeiten zu besorgen und für Ruhe und Sicherheit einzutreten. Schon in früherer Sitzung haben die Mitglieder der Erklärung zugestimmt, daß jedes auf seinem Posten bleibe und seine Pflicht weiterhin erfülle.“ Oberbürgermeister Schwarz und seine Gemeinderäte stellen sich also in pragmatischer Weise auf den Boden der neuen Regierung und versuchen ansonsten weiterzumachen, als sei wenig oder nichts geschehen. Das war in dieser Lage wohl auch das Beste. Aufgaben hat der Gemeinderat übergenug.

Am 28. November muß er sich Gedanken machen, wo die ersten heimkehrenden Soldaten bis zu ihrer Entlassung aus der Armee einzuquartieren seien. Außerdem gibt es da einen Gemeinderat Gotthilf Brucker, der für Wirbel sorgt, als er in einigen Gasthäusern seinem Ärger über die deutsche Niederlage Luft macht und erzählt, das deutsche Heer sei feig, es solle auf den Knien heimrutschen müssen. Hinterher hätte er es lieber nicht gesagt, der temperamentvolle Gemeinderat, als er merkte, wie empört manche seiner Zuhörer darauf reagierten. Mehrere erfolglose Sühneversuche in dem darauffolgenden Streit bis Anfang 1919 werden protokolliert, eine Vielzahl von Personen sagt übereinstimmend gegen den wortgewaltigen Mann aus. Anfang Dezember

beschwert sich Gemeinderat Brucker laut Ratsprotokoll in der Sitzung über diese „Diffamierungen“. Die gemachten Behauptungen über das, was er gesagt habe, „seien eine Gemeinheit ersten Ranges“ und „er habe das deutsche Heer stets hoch in Ehren gehalten“. Nun: Vor Tische las man's anders. Wie der Streit ausging und ob nun die vielen Zeugen oder Herr Brucker Recht behielten, geht aus den Akten nicht mehr hervor.

### *Dezember 1918*

Am 1. Dezember werden in der Stadt Ehrenpforten errichtet, um die Heimkehr der Soldaten gebührend zu würdigen. Auch die Häuser werden aufgrund der Privatinitiative der Aalener, so gut es geht, geschmückt.

Inzwischen hat die Aalener USPD auch ihre politischen Positionen deutlich gemacht. In der Kocher-Zeitung vom 3. Dezember wird über eine öffentliche Versammlung der USPD vom 30. November abends im Löwenkeller berichtet. Allerdings sei sie nur schwach besucht gewesen („ein paar Dutzend“). Folgende Forderungen werden gestellt:

- Beschlagnahmung der Banken und Stellung derselben unter staatliche Kontrolle,
- Beschlagnahmung der Großgüter,
- Beschlagnahmung der Schlösser und Villen,
- Lösung der Arbeitslosenfrage,
- sofortige Enteignung der Kriegsgewinne,
- 6-Stunden-Arbeitstag,
- Festsetzung von Mindestlöhnen,
- Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in den Fabriken,
- Ablehnung der Nationalversammlung,
- Anschluß an das bolschewistische Rußland.

Dieses Programm war sicherlich nicht mehrheitsfähig, weder in Aalen noch im Rest des Reiches. Vor allem die letzte Forderung – der Anschluß an die neuentstandene russische Sowjetrepublik – wirkte eher abschreckend, wußte doch jeder Zeitungsleser um den gnadenlosen Bürgerkrieg und Terror in diesem Lande und um die Tatsache, daß im Sommer 1918 die aus Sibirien zurückgehenden roten Truppen den dort inhaftierten Zaren und möglicherweise auch seine restliche Familie liquidiert hatten. An einen solchen Staat wollten sich wohl die wenigsten Aalener anschließen.

Zwei Tage später hielt der einflußreiche und wortgewaltige Zentrumsmann Eugen Bolz dagegen: „Wenn wir die Revolution als schweres Verbrechen am deutschen Volk verurteilen, so wollen wir doch andererseits das Gute erkennen, das sie uns gebracht hat . . . Aber wir müssen ganz energisch gegen die Vergewaltigung des deutschen Volkes protestieren. Wir müssen dem Berliner Soldatenrat zum Bewußtsein bringen, daß

er nicht das Recht hat, im Namen des deutschen Volkes zu reden und zu handeln, Gesetze zu erlassen oder bestehende aufzuheben . . . Die jetzigen Zustände sind noch viel schlimmer als die Kriegswirtschaft. Gleichwohl haben sich die bürgerlichen Parteien bereit erklärt, die provisorische Regierung zu unterstützen, um Schlimmeres zu verhüten.“ Er fordert drei Dinge: Einberufung der Nationalversammlung, Aufrechterhaltung des Föderalismus und eine parlamentarisch-demokratische Staatsform. Im ersten und im letzten Punkt seiner Forderungen deckt er sich also mit denen der Mehrheits-SPD. Eine Kooperation zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien läßt sich aufgrund derartiger Anknüpfungspunkte durchaus verstehen.

Am 9. Dezember ist bei einer Versammlung im Harmoniesaal auch der Arbeitsminister Lindemann (SPD) zugegen. Er referiert über die schwierige Wirtschaftslage und sagt laut Zeitungsbericht unter anderem: „Aufgrund der Revolution herrsche im Volk eine allgemeine Kirchweihstimmung. Dieses sei begreiflich, aber nicht am Platze. Diese Stimmung trage dazu bei, daß in den Arbeiterklassen die Arbeitslust behindert und an die Ernährungslage nicht gedacht werde.“ Auch hier ist deutlich zu sehen, daß die Mehrheits-SPD keine gewagten revolutionären Vorstöße wünscht und vor allem darauf abzielt, die schwierige Lage des Staates nach dem verlorenen Krieg in den Griff zu bekommen. Lindemann ist sicherlich von der Erklärung des Oberbürgermeisters Schwarz hoch erfreut, der auch im Namen der städtischen Beamten erklärt, daß man sich hinter die Regierung stellen werde.

Auch die Aalener Eisenbahner stellen sich in einer Versammlung am gleichen Tag hinter die neue Regierung. Sie fordern Streikrecht und Koalitionsfreiheit sowie den Achtstundentag. Weitergehende Forderungen werden nicht gestellt, und das beherzte Eingreifen einiger Gemeinderäte kann Unruhen während der Versammlung rechtzeitig ersticken.

Die Deutsche Demokratische Partei macht am 19. Dezember auf einer Wahlversammlung ihre Hauptforderungen deutlich. Sie ist

- gegen planlose Sozialisierungen,
- für Erfassung der Kriegsgewinne,
- für eine progressive Einkommensteuer,
- für eine föderalistische Staatsstruktur,
- für das Frauenwahlrecht,
- für Trennung von Kirche und Staat.

Gegen Jahresende bildet der Gemeinderat einen Ausschuß, um eine Wählerliste für die Verfassungsgebende Württembergische Landesversammlung zu erstellen<sup>5</sup>.

Zum Jahresabschluß findet sich in der Kocher-Zeitung eine Bilanz des Ersten Weltkrieges: Allein aus Aalen sind 325 Einwohner gefallen oder an ihren Verwundungen gestorben, während der Deutsch-Französische Krieg von 1871 nur 5 Aalenern das Leben gekostet habe.

## Das Jahr 1919

Schon im Dezember 1918 hat sich in Aalen und Umgebung gezeigt, daß die Parteien mehrheitlich eine weitgehende Kontinuität wünschten und fast alle sich für eine parlamentarisch-demokratische Regierungsform nach dem Konkurrenzmodell aussprachen. Trotz im einzelnen teilweise unterschiedlicher Forderungen war in den Grundfragen doch ein gewisser Konsens auszumachen, der als Basis für die weitere Vorgehensweise diente. In der Verwaltung der Stadt hat sich bisher auch nichts geändert, hier und in den Umlandgemeinden ist weitgehend ein Fortschreiben der Verhältnisse aus der Zeit vor dem 9. November zu verzeichnen. Die einzige politische Gruppierung, die konsequent für eine radikale Umgestaltung des öffentlichen Lebens eintrat, war die USPD, die allerdings aufgrund der Ereignisse immer stärker zu gewaltsamen Maßnahmen neigte und ins politische Abseits geriet.

Am 3. Januar 1919 wird auf einer neuerlichen USPD-Versammlung in Aalen als Kriegsursache Militarismus und Kapitalismus genannt; es wird eine sozialistische Wirtschaftsordnung gefordert und eine stark plebiszitäre neue Demokratie. Alle wichtigen Gesetze sollen durch das Volk abgestimmt werden, ebenso soll die Richterwahl durch das Volk erfolgen.

Auch die anderen Parteien halten in den Januartagen Wahlversammlungen ab und geben zahlreiche Aufrufe für die Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung heraus. Vor allem wird immer wieder auf das zur Verwirklichung anstehende Frauenwahlrecht hingewiesen, das wirklich überfällig sei.

In der Kocher-Zeitung vom 13. Januar sind die Ergebnisse der Wahlen für die Württembergische Landesversammlung aus dem Wahlkreis Aalen/Stadt abgedruckt:

Partei	Stimmen	Prozente
USPD	89	1,4
Zentrum	1435	23,1
Bauernbund	36	0,5
Weingärtnerbund	12	0,1
Landwirte Oberschwabens	4	0,06
DDP	1521	24,5
SPD	2503	40,4
Deutsche Friedenspartei	14	0,1
Württ. Bürgerpartei	506	8,1
Abgegebene Stimmen	6118	(bei 6615 Wahlberechtigten)

Eine Woche später druckt die Zeitung die Ergebnisse des Wahlkreises Aalen/Stadt für die Weimarer Nationalversammlung ab:

Partei	Stimmen	Prozente
USPD	41	0,6
Friedenspartei	12	0,1
DDP	1413	23,0
Zentrum	1447	23,6
SPD	2677	43,6
Württ. Bürgerpartei/ Bauern- und Weingärtnerbund	525	8,5
Abgegebene Stimmen	6133	(bei 6685 Wahlberechtigten)

Das Ergebnis ist bezeichnend: Die Parteien der Weimarer Koalition, SPD, DDP und Zentrum liegen weit in Führung, die USPD ist abgeschlagen. Wenn man das Ergebnis mit dem reichsweiten Bild vergleicht, so liegen SPD, DDP und Zentrum gut im Trend, nur die USPD, die reichsweit noch 7,6% aller Stimmen verbuchen konnte, liegt in Aalen prozentual weit darunter. Die SPD schneidet in Aalen besser ab als im Reich (37,9%), die DDP ist deutlich besser als im Reich (18,6%), auch das Zentrum liegt in Aalen einiges über dem Reichsdurchschnitt (19,7%). Die rechtsorientierte Bürgerpartei und der ebenso rechtsorientierte Weingärtnerbund liegen noch unter 10%, spielen also auch keine entscheidende Rolle. Daß diese für politische Stabilität bürgende Weimarer Koalition im Reich keinen langen Bestand haben würde, ahnte damals kaum jemand.

Den günstigen Wahlergebnissen zum Trotz: Die Realität des Winters 1918/19 ist grau, kalt und von Not gekennzeichnet. Die Ernährungslage bleibt weiter angespannt. Im Gemeinderatsprotokoll des 9. Januar steht, daß die Aalener Leichenwagenfahrer ihren Dienst nicht mehr versehen können, da sie über keine Pferde mehr verfügen. Bekanntlich können Pferdewürstchen oder Pferdekoteletts keine Wagen mehr ziehen. Einige Heißhungrige verspeisen einen städtischen Zuchtbock, den sie heimlich geschlachtet haben.

Ende Januar wird die Ladenschlußzeit zwecks Gasersparnis um eine Stunde vorverlegt. Aufgrund der allgemeinen Notlage nehmen die Eigentumsdelikte wie Raub und Einbrüche in erschreckendem Maße zu. Daher werden die Aalener Schutzleute mit Revolvern ausgerüstet, um sich zu verteidigen und einige der übelsten Figuren dingfest machen zu können.

Endlich bessert sich im Februar die Versorgungslage etwas. Es gibt wieder ein wenig Rindfleisch durch neu eingegangene Lieferungen. Mit dem 13. Februar wird die Beschaffung von Notgeld aufgegeben.



Zum gleichen Termin werden im Gemeinderat Wohnungsbeschaffungsmaßnahmen und Neubaumaßnahmen wegen der sich verschlimmernden Wohnungsnot diskutiert und beschlossen. Allerdings sind die Baustoffpreise um 200 bis 300% gegenüber dem Vorjahr gestiegen; die Inflation marschiert. Vor allem der Zuzug der Heimatvertriebenen aus dem wieder zum französischen Staat gehörigen Elsaß-Lothringen steigert die Wohnungsnot.

Ein demobilisierter Kieler Matrose namens Walter versucht in diesen Tagen, den Aalern zu zeigen, wie man Revolution macht. Allerdings kann er damit bei den Bürgern nicht landen. In einer Eingabe vom 27. Februar beschwert sich Walter beim Gemeinderat, daß die Stadtverwaltung nicht in genügendem Maße den bestehenden Mißständen nachgehe. Er kritisiert vor allem drei Dinge: Es gebe keine regelmäßige Verteilung der zugestandenen Feinseife, die Arbeitslosenunterstützung sei ungenügend, und die Beamten im Rathaus hätten gegenüber den Bürgern schlechtes Benehmen. Oberbürgermeister Schwarz meint kühl zu diesen Vorwürfen, das Notwendige sei längst in diesem Zusammenhang veranlaßt und die Kritik an diesen angeblichen Mißständen würde zurückgewiesen.

Am gleichen Tag beschließt der Gemeinderat Notstandsarbeiten, um der zunehmenden Arbeitslosigkeit Herr zu werden. Der Feldweg vom alten Turnplatz zum Grauleshof soll verbessert, die Friedhofwege instandgesetzt und die Ziegelstraße voll ausgebaut werden. Zur Linderung der Wohnungsnot wird der Bau von Behelfsheimen aus Holz beschlossen.

Am 3. März berichtet die Kocher-Zeitung von einer anderen Art „revolutionären“ Umtriebes: Ein Spartakusanhänger sei festgenommen worden, weil er angeblich acht Hasen im Wert von 162 Mark gestohlen habe.

Am 11. März findet sich in der Kocher-Zeitung ein deutlicher Hinweis auf die sich inzwischen im Reich verschärfende Lage. Die Spaltung der Arbeiterschaft in SPD- und USPD-/Spartakus-/KPD-Anhänger hinterläßt Spuren. Die Zeitung wirbt zum Eintritt in das Freiwillige Landesjägerkorps. Dieses Freikorps soll wie andere dieser Zeit die Regierung gegen den Spartakusbund stützen, die Nationalversammlung und die junge parlamentarische Demokratie schützen. Für viele junge Leute, die außer dem Kriegshandwerk noch nichts gelernt hatten, sind diese Freikorps ein beliebtes Tätigkeitsfeld, konnten sie doch hier ihre in vier Kriegsjahren gesammelten Erfahrungen „nutzbringend“ umsetzen.

Seit dem 1. April herrscht Generalstreik in Württemberg, auch in Gmünd treten die Arbeiter – von USPD und Spartakusbund beeinflusst – in den Ausstand; die Aalener Arbeiter aber sprechen sich gegen den Generalstreik aus. Am 3. April machen sich die Folgen des Generalstreikes in Aalen bemerkbar. Die Gmünder haben die Remsbahn lahmgelegt, somit ist der Zugverkehr zur Landeshauptstadt vorübergehend unterbrochen. Noch am gleichen Tag aber bricht der Streik zusammen.

Immer wieder bringt die Zeitung Aufrufe der Regierung, in freiwillige Verbände ein-

zutreten, vor allem da seit dem 7. April in München eine Räteregierung herrscht und die von der Mehrheits-SPD gestellte Bayerische Staatsregierung des Novembers 1918 nach Bamberg fliehen muß. Diese Freiwilligen sollen vor allem die Grenze nach Bayern abschirmen und das Übergreifen der Rätebewegung auf Württemberg verhindern.

Am 24. April wird in der Zeitung zur Bildung einer Reservesicherheitstruppe zum Schutz des Oberamtsbezirkes Aalen aufgerufen. Sie soll aber nur im Falle dringender Not tätig werden. Die Freiwilligen, die sich bis zum 3. Mai gemeldet haben, sollen sich am 5. Mai treffen, um ihre Führer zu wählen.

Am 28. April rufen SPD, DDP, Gewerkschaften und Zentrum gemeinsam in der Zeitung zum Eintritt in diese Reservesicherheitskompanie auf. Der Aufruf ist offen gegen den Spartakusbund gerichtet, um die Errungenschaften der parlamentarisch-demokratischen Revolution aufrechtzuerhalten und das Räteresystem im Keim zu ersticken. Auch in zahlreichen Leserzuschriften wird immer wieder darauf hingewiesen, daß man gemeinsam gegen die Spartakisten vorgehen müsse. Die Teilnehmer einer Versammlung am 6. Mai lehnen lautstark den Bolschewismus und den Spartakismus ab. Noch im Mai 1919 wird – auch mit Hilfe schwäbischer Freiwilliger – die Münchener Räterepublik liquidiert, an ihrer Stelle entsteht in Bayern eine deutlich rechtsorientierte Regierung.

Inzwischen zeichnet sich der Abschluß des Versailler Friedensvertrages ab, in dem das Deutsche Reich große Teile seines Territoriums verliert und gewaltige Reparationen aufbringen muß. Am 14. Mai bringt die Kocher-Zeitung einen Aufruf zu einer Protestversammlung gegen den „Gewaltfrieden“. Der Aufruf ist getragen von SPD, DDP, Bürgerpartei und Zentrum. Auf der Protestversammlung hält der Oberbürgermeister eine Rede gegen den Friedensvertrag. Alle in Aalen vertretenen Parteien, so der Redner, lehnten einmütig diesen Vertrag ab.

Gegen Ende Mai hat sich in Aalen die Lage einigermaßen beruhigt. Das wird auch deutlich, wenn man die Wahlergebnisse zum Aalener Gemeinderat vom 18. Mai ansieht:

Partei	Stimmen	Sitze
Freie Wählerversammlung	8 758	2
Beamtenbund	19 807	5
DDP	18 824	4
SPD	30 343	7
Zentrum	23 208	5
Württ. Bürgerpartei	4 614	1

Wenn man einmal von dem nicht auf Reichsebene agierenden Beamtenbund absieht, so ist auch hier wieder eine deutliche Mehrheit der Parteien der Weimarer Koalition zu

erkennen. Die alten Strukturen aus der Zeit vor dem Umsturz sind im großen und ganzen ohne Beschädigungen auf Gemeindeebene erhalten geblieben. Die radikaldemokratischen Umsturzversuche der USPD (die im Gemeinderat überhaupt nicht vertreten ist) nach dem Identitätsmodell stießen auf keine Gegenliebe bei der Bevölkerung.

### *Schlußbetrachtung*

Aufs Ganze gesehen sind die Ereignisse des Herbstes 1918 und des Jahres 1919 in Aalen typisch für viele andere Regionen im Reich. Die in Berlin und den anderen Hauptstädten der Bundesstaaten stattfindenden mehr oder weniger revolutionären Ereignisse waren im Hinterland nur noch als dumpfes Grollen spürbar, und die dortigen politischen Entscheidungsgremien waren vor allem darauf bedacht, möglichst viel an Kontinuität zur Zeit vor dem 9. November 1918 zu retten. Das gelang weitgehend. Es muß im Nachhinein überhaupt gefragt werden, ob die Ereignisse des Winters 1918/19 eine echte Revolution waren. Zahlreiche dem Liberalismus nahestehende Historiker der Gegenwart sehen diese Ereignisse ziemlich nüchtern als einen Zusammenbruch und eine riesige Meuterei. Es gab nur Verlegenheit und Ohnmacht, aus der heraus verschiedene Gruppen ihre eigene Macht ungeschickt zu formen versuchten<sup>6</sup>. Man war vor allem gegen etwas: gegen Krieg, gegen Hunger, gegen Entwürdigungen, gegen die daran Schuldigen, wer immer das auch war. Der tiefste Grund für den Zusammenbruch war starke Friedenssehnsucht vermischt mit einigen vagen Freiheitsvorstellungen. Ein echtes revolutionäres Potential war fast überhaupt nicht vorhanden, wenn man einmal von den wenigen Anhängern der Räteherrschaft absieht, die vielleicht eine fundamentale Umstrukturierung des ganzen staatlichen und politischen Systems hätten erreichen können.

Fazit: Es war wohl keine Revolution, daher auch die weitgehende Kontinuität, die aber nicht nur als positiv gesehen werden darf. Die gesellschaftlichen Gruppierungen der Republik waren identisch mit denen des Kaiserreiches. Die Beamtenschaft und das Offizierskorps waren gleich geblieben, viele von ihnen hatten für die ihnen durch die Macht der Umstände aufgezwungene Republik nichts übrig, und man durfte an ihrer Loyalität zum neuen Staat berechtigte Zweifel haben.

Aus der Zeit von vor 1918 kamen auch fast alle politischen Parteien. Sie hatten nun gegenüber der Zeit vor dem Umsturz die Aufgabe, nicht nur die Regierung zu kontrollieren, sondern sie auch zu stellen. Etwaige Namensänderungen änderten noch nichts an ihrer Programmatik; daß etwa die Konservativen nun Deutschnationale Volkspartei oder die Nationalliberalen Deutsche Volkspartei hießen, war unerheblich. Die Freisinnigen wurden nun zu Demokraten, das war alles.

Neue Parteien gab es nur auf der extremen Linken: die KPD, die immer mehr eine Umgestaltung des Reiches nach sowjetrussischem Muster anstrebte, von Lenin inspi-

riert; und auf der extremen Rechten: zunächst ein Sammelsurium zahlreicher völkischer Gruppen, die nicht etwa eine Restauration der Monarchie wollten wie die Konservativen, sondern die Erfüllung ganz neuer und ungereimter, vorzugsweise aus dem Bauche kommender Rasse- und Lebensraumträume<sup>7</sup>.

Aufgrund dieser weitgehenden Kontinuität war die Republik schwach, zusätzlich belastet durch die Aufgabe der Liquidierung eines verlorenen Krieges mit seinen einschneidenden Friedensbestimmungen. Aufgrund dieser Schwäche waren all jene, die an eine echte, also die gesellschaftlichen Strukturen verändernde Revolution glaubten, mit dem neuen Staat überhaupt nicht einverstanden. Die Kommunisten wollten eine Umgestaltung in ihrem Sinne, und die Rechtsextremen wollten ihren Rassestaat. Leider kannte die Republik nur eine Opposition, die nicht auf dem Boden der Verfassung stand, und die superdemokratische Verfassung besaß keine Schutzmechanismen gegen diese Gruppen<sup>8</sup>. Zwar war das Aufrechterhalten der Kontinuität in den wirren Tagen und Wochen des Winters 1918/19 sicherlich eine Notwendigkeit in den Augen der SPD gewesen, aber dadurch wurde eben die fast ungebrochene Fortdauer obrigkeitsstaatlicher Elemente begünstigt. Karl Dietrich Bracher macht in einem Artikel aus der „Zeit“ vom 16. Februar 1968 auf die Absurdität und Tragik dieser Situation aufmerksam: „In der Geschichte der Weimarer Republik ist diese Tradition durch die Bildung 'überparteilicher' Fachkabinette und das Übergewicht bürokratisch-militärischer Einflüsse in den Präsidialregierungen bis 1933 stetig verstärkt worden – mit dem Ergebnis, daß Staatsbürokratie und Armee auch 1933 den Regimewechsel überdauert, ja durch ihre Mitarbeit die nationalsozialistische Diktatur erst regierungsfähig gemacht haben. Man mag es eher Blindheit als Tragik nennen, daß dieselben Kräfte die demokratische Republik zu Fall gebracht haben, mit deren Hilfe die SPD 1918/19 auf Kosten einer demokratischen Revolution glaubte Deutschland retten zu müssen.“

### *Quellen:*

Gemeinderatsprotokolle 1918/19

Kocher-Zeitung 1918/II

Kocher-Zeitung 1919/I

Gerichtsprotokolle 1912–1924

Polizeiakten „Politische Umdriebe“ 1843–1932

Städtische Krankenanstalten Aalen, Verpflegungsregister, 2 Bände, 1. 4. 1918–31. 3. 1919 und 1. 4. 1919–31. 3. 1920

Sühneversuchsprotokolle 1917–1919

Alle Quellen liegen im Stadtarchiv Aalen

### *Literatur:*

- Eugen Hafner, Der Raum Aalen/Ellwangen vom Ende des Reiches bis zur Gegenwart, in: Der Ostalbkreis, Stuttgart und Aalen 1978, S. 128–130  
Karl Weller/Arnold Weller, Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum, Stuttgart und Aalen 1975, S. 282–294  
H. Fenske, Der liberale Südwesten, Stuttgart 1981, S. 205–225  
Weiterhin verwendet wurde ein unveröffentlichtes Manuskript, das unter der Leitung des Verfassers als Ergebnis einer Arbeit von 14 Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 12 des Aalener Schubart-Gymnasiums bei den Projekttagen des Jahres 1985 entstanden ist

### *Anmerkungen:*

- 1 Karl Weller/Arnold Weller, a. a. O., S. 282 ff.
- 2 Karl Weller/Arnold Weller, a. a. O., S. 283;  
H. Fenske, a. a. O., S. 210
- 3 Karl Weller/Arnold Weller, a. a. O., S. 288, 289;  
H. Fenske, a. a. O., S. 214
- 4 Gemeinderatsprotokoll 21. 11. 1918, S. 242, § 565
- 5 Gemeinderatsprotokoll 30. 12. 1918
- 6 Golo Mann, Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Frankfurt 1958, S. 688
- 7 Golo Mann, a. a. O., S. 688 ff.
- 8 H. Mau/H. Krausnick, Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit, Tübingen und Stuttgart 1956, S. 11 ff.;  
K. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1957, S. 42;  
F. Messerschmid im Vorwort zu G. Jasper, Die abwehrbereite Demokratie, München 1965, S. 4 ff.